

PSYCHOLOGINNEN FÜR MENSCHLICHKEIT UND SELBSTBESTIMMUNG

Resümee aus dem Umgang der Berufsverbände mit unserem offenen Brief

Mitte Februar 2022 haben wir, das Netzwerk «PsychologInnen für Menschlichkeit und Selbstbestimmung», anlässlich des am 10.12.2021 beschlossenen Gesetzes zur «Stärkung der Impfprävention» (§ 20a IfSG) neun Berufsverbände angeschrieben, die die Interessen psychotherapeutisch tätiger PsychologInnen, SozialpädagogInnen und ÄrztInnen vertreten. In dem offenen Brief vertreten und begründen wir die Perspektive der PsychotherapeutInnen, die sich gegen eine COVID-19-Impfung entschieden haben und aufgrund des neuen Gesetzes ein Verbot, ihre Praxis zu betreten, oder sogar ein Tätigkeitsverbot befürchten müssen. Die Berufsverbände wurden um Unterstützung ihrer betroffenen Mitglieder gegenüber Behörden, Institutionen und PolitikerInnen und darum gebeten, sich gegen das Gesetz und die aus ihm resultierende, noch größere Spaltung zwischen Geimpften und Ungeimpften zu positionieren.

Inzwischen wurde der offene Brief von über 120 psychotherapeutisch tätigen PsychologInnen, ÄrztInnen und SozialpädagogInnen unterzeichnet.

Inzwischen haben drei Verbände auf unseren Brief reagiert. Von den restlichen sechs Berufsverbänden erhielten wir keine Antwort.

Zur Nichtbeantwortung unseres Schreibens durch sechs von neun Berufsverbänden

Folgende Verbände haben auf unseren Brief nicht reagiert:

- die Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung (DPtV)
- die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT)
- den Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (BvVP)
- das Deutsche Psychotherapeuten Netzwerk (DPNW)
- den Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)
- die Systemische Gesellschaft (SG)

Unseres Erachtens stellt es ein bemerkenswertes Phänomen dar, dass sechs von neun angeschriebenen Verbänden auf ein fundamentales berufliches und existenzielles Anliegen ihrer Mitglieder gar keine Reaktion zeigen. Auf der vertraglichen Ebene werden sie damit ihrer Verantwortung nicht gerecht. Doch auch das Arbeitsthema, das die Mitglieder und die Verbände miteinander verbindet, ist von einer verstörenden Verwerfung betroffen. Der zentrale Wert und Auftrag der Psychotherapie besteht in der Herstellung und Aufrechterhaltung einer tragfähigen Beziehung mit den PatientInnen, und damit einhergehend in einem responsiven, validierenden Umgang miteinander, in dem Heterogenität anerkannt und Integration ermöglicht werden. Nicht nur diese Werte bleiben zusammen mit einer Reaktion der Verbände auf uns als ihre Mitglieder aus, sondern auch die ganz grundlegende gesellschaftliche Umgangsform, auf eine Frage zu antworten, wird nicht eingehalten.

Würde man das Geschehen auf einer metakognitiven Ebene betrachten, so wäre wohl von einer gestörten Kommunikation zu sprechen. Gruppendynamisch finden wir uns AutorInnen und die MitzeichnerInnen des Briefes in der Rolle des «Omega» wieder. Dass fast niemand auf uns reagiert und keiner auf den in unserem Brief formulierten Wunsch eingeht, ein gemeinsames Gespräch zu

führen, ist schade und wirft ein beängstigendes Licht auf die Spaltung und Desintegration wohl nicht nur in der psychotherapeutischen Profession.

Zu den Antworten der Deutschen Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT), der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (DPV) und der DGSF (Deutsche Gesellschaft für systemische Therapie)

Die DGPT erkennt in ihrer Antwort „grundsätzlich“ an, „dass jeder Mensch selbst bestimmen können sollte, ob er oder sie sich gegen COVID 19 impfen lässt“, fügt aber sogleich an, dass die Selbstbestimmung dort ende, „wo sie mit der Selbstbestimmung anderer kollidiert, sprich dort, wo eine Gemeinschaft betroffen ist.“ Im weiteren Text beruft sie sich auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in der ein Eilantrag gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht abgewiesen wurde, und schließt: „Über diese Güterabwägung des Bundesverfassungsgerichtes kann sich die DGPT nicht erheben. Wir bitten Sie daher um Verständnis, dass wir uns Ihre Forderung auf Rücknahme der Impfpflicht nicht zu eigen machen können.“

Die DPV begründet ihre Zurückhaltung auf ähnliche Weise. Die DGSF lehnt eine öffentliche Stellungnahme zu unserem Schreiben mit Verweis auf Mitgliederabstimmungen ab, wonach sich der Verband nicht gegen die Impfpflicht stellen solle. Zudem werde befürchtet, die Gefahr der Spaltung noch zu verstärken.

Wir bedauern, dass die Verbände es vermeiden, eine eigene Haltung einzunehmen, indem sie auf externe Institutionen oder die Gefahr der Spaltung verweisen. So verweist die DGPT auf die richterliche Autorität des Bundesverfassungsgerichts. Nach unserem Eindruck umgeht sie damit eine inhaltliche Auseinandersetzung, die in unserem Brief vor allem auf medizinischer Ebene angeboten wird und das hohe Gut der körperlichen Unversehrtheit betrifft.

Die DGSF reagiert auf die Gefahr der verstärkten gesellschaftlichen Spaltung rein defensiv. Sie unterlässt es, eine metakognitive und systemische Perspektive einzunehmen. Damit behandelt sie die Spaltung und die aus ihr resultierende, gefährliche Erstickung eines öffentlichen Diskurses nicht nur als unabänderliches Phänomen, sondern sie beteiligt sich an seiner Aufrechterhaltung.

Als AutorInnen des offenen Briefes hätten wir uns sehr gewünscht, mit den Berufsverbänden – trotz der und mit den unterschiedlichen Standpunkten - über die hier angesprochenen gesellschaftlichen und systemimmanenten Verwerfungen ins Gespräch zu kommen!

Immerhin können wir aus der Begründung der DGPT, warum sie sich nicht gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht positionieren möchte, ableiten, dass sie sich höheren Autoritäten nicht entgegen stellen und sich damit höchstwahrscheinlich nicht dem Risiko aussetzen will, selbst in eine Außenseiterrolle zu geraten.

Es liegt nahe zu vermuten, dass die anderen Berufsverbände dieses Motiv teilen. Schließlich mussten wir seit Beginn der Corona-Krise schon mehrfach beobachten, dass AbweichlerInnen und Maßnahmen-KritikerInnen diskreditiert, ausgegrenzt und, wie z.B. der ehemalige Vorsitzende der BKK Pro Vita, Andreas Schöpfbeck, sogar entlassen wurden.

Für die vermutlich vorhandene Angst der Vorstände in den Berufsverbänden haben wir Verständnis. Dies ändert jedoch nichts an unserer großen Enttäuschung darüber, dass ausnahmslos alle Verbände sich von ihr leiten lassen, anstatt sich an der notwendigen gesellschaftlich-ethischen Diskussion zu beteiligen. Unseres Erachtens dulden die Verbände damit die aktuelle, extrem autoritäre Entwicklung unserer Gesellschaft, die wegen ihrer zunehmenden Unumkehrbarkeit in einer totalitären Struktur münden könnte.

5. April 2022

(Weil in der Zwischenzeit ein Berufsverband, den wir etwas verspätet angeschrieben hatten, geantwortet hat, ist dies eine Überarbeitung unseres Resümees vom 17.03.2022.)